

POSTULAT von Corinne Thomet –Bürki (CVP, Kloten), Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf)

betreffend Sofortige Streichung des Subventionsbeitrags an die Fachstelle mira und Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung der Fachstelle mira

Der Regierungsrat wird eingeladen, den Subventionsbeitrag von 95'000 Franken an die Fachstelle mira umgehend zu stoppen.

Weiter bitten wir den Regierungsrat, die Ergebnisse der von Seite AJB in Auftrag gegebenen Untersuchung sowie die daraus folgenden Massnahmen in einem Bericht darzulegen.

Corinne Thomet-Bürki
Matthias Hauser
Stefan Hunger

81/2012

Begründung:

mira, die Fachstelle für Prävention gegen sexuelle Übergriffe, ist seit längerer Zeit umstritten.

Im März 2011 wurde öffentlich über einen Klettersportleiter, welcher sexueller Handlungen mit Kindern verdächtigt wird, berichtet. Im September 2011 wurden die Vorfälle wieder aufgegriffen und es wurde publik gemacht, dass bei der Fachstelle mira über Jahre von verschiedenen Stellen Meldungen und Hilferufe betreffend des erwähnten Falles eingegangen sind. Es wurde offensichtlich, dass die Fachstelle höchst umstrittene Interventionsvorgehen einsetzt. Insbesondere die Vermischung von Prävention und Intervention (eingreifendes Handeln im Verdachtsfall) und das damit verbundene Konfliktpotenzial wurde stark kritisiert. Der Zürcher Stadtrat forderte darauf hin die der Fachstelle angehörenden städtischen Vereine, welche Sportförderungsgelder der Stadt Zürich beziehen, auf, die Mitgliedschaft bei mira aufzulösen und zum Verein VERSA zu wechseln.

Das AJB hat im Sommer 2011 die Fachstelle von einem externen Rechtsanwalt durchleuchten lassen und kommt aufgrund der im November 2011 vorliegenden Ergebnisse klar zum Schluss, dass die Fachstelle einen massiven personellen und strukturellen Umbau benötigt.

Wie nun in einem kürzlich erschienen Medienbericht vom Samstag, 28. Januar 2012, zu erfahren ist, steht die Fachstelle weiterhin in der Kritik. Grund ist die Tatsache, dass sich der neue Vorstand offenbar noch immer nicht von den sogenannten Konfrontationsgesprächen distanziert. In der Vergangenheit hat die mira immer wieder auf diese Weise bei Verdachtsfällen interveniert, ohne aber die Polizei einzuschalten. Das führte schliesslich dazu, dass sexuelle Handlungen mit Minderjährigen lange Zeit unentdeckt blieben.

Wie die neue Präsidentin von mira erklärt, hat der neu besetzte Vorstand zur Frage, ob die mira auf die umstrittenen Interventionen künftig verzichtet, noch keinen Entscheid gefällt. Somit bleibt diese zentrale Frage weiterhin ungeklärt.

Begründung der Dringlichkeit

Trotz diesem nach wie vor vorhandenen massiven Mangel gewährt der Kanton weiterhin die vollumfänglichen Subventionen von 95'000 Franken. Offenbar wird der Fachstelle von Seite AJB Zeit gegeben, sich zu beweisen, einen Entscheid diesbezüglich ist erst Ende 2012 zu erwarten.

Der Fachstelle sind die Subventionen nun ab sofort zu entziehen. Es darf nicht sein, dass eine Fachstelle gegen Kindsmisbrauch, bei der der Kinderschutz nicht vollumfänglich gewährleistet ist, vom Kanton noch subventioniert wird.